



Lübeck, 06.07.2017

Bearbeitung: Maik Schneider-Wendt (E-Mail: maik.schneider-wendt@luebeck.de Telefon: 122-3912)

**Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße - Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29. Juni 2017 interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD VO 5119**

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 5.6 mit VO Nr. 5119 den nachstehend aufgeführten interfraktionellen Antrag der Fraktionen GAL und SPD einstimmig an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

*Anschließend ist eine erneute Beratung in der Bürgerschaft vorgesehen!*

**Umweltauswirkungen des Mineralstoff-Aufbereitungszentrum (MAZ) der Firma Scheel-Erdbau GmbH an der Travemünder Landstraße**

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen über die Auswirkungen des Betriebs des Mineralstoff-Aufbereitungs-Zentrums an der Travemünder Landstraße auf die Umwelt. Der Bericht soll insbesondere auf Kritikpunkte eingehen, die in dem Gutachten des „Umweltnetzwerks Hamburg - Büro für Umweltfragen“ vom Juni 2017 genannt werden. Hierzu gehören folgende Fragen:

- Ist der Standort des MAZ mit den Kriterien der Flächennutzungsplanung verträglich?
- Wie sind die Wasser-Versorgungs- und Entsorgungsanlagen für den Betrieb dimensioniert?
- Ist der Schutz der benachbarten Wohnanlagen mittels Berieselungsanlagen vor Staub gewährleistet?
- Wie wird das Grundwasser gegen Versickerung kontaminierten Wassers geschützt? Welche Art Basisabdichtung ist vorhanden? Welchen Durchlässigkeitswert hat der Untergrund?
- Welche technischen Bestimmungen enthält das Entwässerungskonzept für das Betriebsgelände?
- Werden die Lärmgrenzwerte gegenüber den umgebenden Wohngebieten eingehalten? Wie hoch sind die Lärmemissionen und-immissionen im Einzelnen?
- Wie und in welchem zeitlichen Rhythmus erfolgt die Kontrolle der Einhaltung der Umweltauflagen?

- Wie viel Tonnen kontaminierter Schutt wird jährlich in das MAZ verbracht und wie viel LKW-Ladungen sind es?

Ferner ist eine Prüfung darüber durchzuführen, welche Möglichkeiten die Hansestadt Lübeck hat, gegen die Genehmigung des Mineralstoff-AufbereitungsZentrums (MAZ) durch das Land Schleswig-Holstein juristisch vorzugehen.